

Vernichtende SED-Wahlniederlage

Einheitspartei bekam nur 2,7 % — Rekord-Wahlbeteiligung von 91,6 %

Berlin (Eigenbericht). Die Wahlentscheidung Westberlins am 5. Dezember hat erneut bestätigt, daß Berlin die Bastion der Freiheit bleibt. Das wird im In- und Ausland einstimmig betont. Die Westberliner Wähler haben der SED, die nur 2,7 Prozent der Stimmen errang und damit keinen Abgeordneten bekommt (Voraussetzung dafür sind 5 Prozent Stimmenanteil), eine eindeutige Abfuhr erteilt. Die SED konnte selbst für die Bezirksversammlungen keinen einzigen Abgeordneten durchbringen.

Die Westberliner haben gleichzeitig den Rechtsradikalismus klar abgelehnt. Mit 4,8 Prozent der Stimmen zieht auch die DP nicht ins Abgeordnetenhaus ein, in dem weiterhin nur die drei Parteien CDU, SPD und FDP sitzen werden.

Als einzige Partei erzielte die CDU einen klaren Stimmengewinn, die SPD hatte einen geringen Verlust, die FDP verlor dagegen fast die Hälfte ihrer Wähler. Durch die Verluste der Stimmen, die an Splitterparteien gingen, erhält die SPD 64 der 127 Sitze im Abgeordnetenhaus, die CDU 44 und die FDP 19.

Die Wahlbeteiligung von 91,6 Prozent, die die Rekordbeteiligung

von 1950 noch um 1,2 Prozent übertraf, bewies, daß die Berliner auf jeden Fall ihre Stimme gegen die SED abgeben und ihr die Erreichung von 5 Prozent der abgegebenen Stimmen unmöglich machen wollten. Die stärkste Wahlbeteiligung hatten die Arbeiterbezirke Kreuzberg, Neukölln und Wedding.

Die Wahl verlief vollkommen ruhig und ohne Störungen. Lediglich 30 SED-Propagandisten, die innerhalb des für jede Propaganda gesperrten Bereichs der Wahllokale Flugblätter verteilten, wurden von der Polizei vorübergehend festgenommen.

Als einen Volksentscheid für die Freiheit bezeichnete der

Bundesminister und Berliner CDU-Vorsitzende Dr. Tillmanns das Wahlergebnis. Tillmanns betonte, der Erfolg der CDU stelle einen starken Vertrauensbeweis für die Politik des Bundeskanzlers dar.

Die FDP führte den Stimmenverlust ebenfalls auf die Persönlichkeit Adenauers zurück.

Der Berliner Landesvorstand der CDU setzte sich am Montag grundsätzlich für eine Große Koalition mit SPD und FDP ein. In einem Kommuniqué wird darauf hingewiesen, daß es zunächst Sache der SPD sei, an die anderen Parteien heranzutreten.

Einen Appell zur Zusammenarbeit richtete Bundeskanzler Dr. Adenauer an die Berliner Parteien. Er erklärte, er hoffe, daß alle Parteien sich bei der Regierungsbildung der Verantwortung bewußt bleiben, die sie gegenüber Berlin und dem deutschen Volke haben.

(Siehe auch S. 2 u. 3)

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis

	1954		1950		1948	1946 (Westsektoren)
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent	Prozent	Prozent
SPD	684 646	44,0	654 211	44,7	64,5	51,8
CDU	466 595	30,0	361 050	24,6	19,4	23,6
FDP	196 845	12,7	337 589	23,0	16,1	9,9
DP	75 159	4,8	53 810	3,7	—	—
SED	41 225	2,7	—	—	—	14,8
USPD	1 536	0,1	9 782	0,7	—	—
WVM (Wirtsch. Ver. d. Mittst.)	26 868	1,7	—	—	—	—
BHE	39 205	2,5	31 918	2,2	—	—
FSU (Freie Soziale Union)	2 374	0,2	4 157	0,3	—	—

Wahlberechtigte: 1697278 Abgegeben. Stim.: 1554766 Ungült.: 20313 Wahlbeteiligung (%): 91,6

J. B. Gradl:

Wer wird Berlin regieren?

Über die guten Seiten der Wahl des 5. Dezember sind sich die vernünftigen Berliner — und das sind, wie die Wahl gezeigt hat, fast alle Berliner — durchaus einig. Die ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung ist ein Beweis der politischen Aufgeschlossenheit, aber auch der politischen Wachsamkeit. Ihr ist es zu danken, daß die Splitter nicht zu Balken wurden. Die vernichtende Niederlage der kommunistischen SED ist ein überzeugender Beweis dafür, daß man sich auf das Volk dieser Stadt heute und in Zukunft genau so verlassen kann wie damals in der Blockadezeit.

Wenn in der Welt, auch in der östlichen, noch jemand gezweifelt haben sollte an der wahren Stimmung und Haltung der achtzehn Millionen Ostberliner und der Sowjetzone, dann sollte ihm das vernichtende Urteil dieser Wahl über die Kommunisten die letzten Zweifel nehmen.

Nicht minder erfreulich ist die klare Absage an den Radikalismus auf der anderen Seite. Alle Forscheit des Auftretens hat zum Beispiel der DP nur eben ein Prozent Erhöhung des Stimmenanteils gebracht und ihr nicht zu den ersehnten fünf Prozent verholfen. In die Reihe der positiven Urteile über die Wahl gehört schließlich auch die klare Entwicklung des Wählerwillens in Richtung großer Parteien. Die beiden großen Parteien der Bundesrepublik und Westberlins, CDU und SPD, haben hier am 5. Dezember ihren Stimmenanteil auf rund drei Viertel der Wählerschaft erhöhen können.

Die Schattenseite

So weit, so gut. Aber auch diese Wahl hat ihre Schattenseite. Die Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenhauses wird nicht den Wählerwillen so widerspiegeln, wie er wirklich ist oder jedenfalls sein wollte. Es war nicht die Absicht der Berliner Wählerschaft, der Sozialdemokratischen Partei die absolute Mehrheit zu geben. Im Gegenteil, der Anteil der Stimmen

für die SPD ist zurückgegangen (von 44,7 auf 44 Prozent) und jedenfalls um 6 Prozent unter der Hälfte geblieben. Hier rächt sich die ewige nörgelnde Beserwisserei und spießbürgerliche Vereinsmeierei im nicht-sozialistischen Lager. Schon die rd. 27 000 Stimmen, die an die neue Wirtschaftspartei des Herrn DREWITZ vergeudet wurden, hätten genügt, um den Gleichstand zwischen SPD einerseits, CDU und FDP andererseits herzustellen und wenigstens die absolute Mehrheit der SPD zu verhindern.

Daran ist nichts mehr zu ändern. Die beiden nichtsozialistischen Parteien — durch die Torheit der Splittergruppen in die Minderheit gebracht — haben die undankbare Aufgabe, aus dieser Situation noch das Beste zu machen. Diese Aufgabe liegt in erster Linie bei der Christlich-Demokratischen Union, denn sie ist die einzige Partei, der die Wahl des 5. Dezember einen wirklichen Zustrom von Wählervertrauen gebracht hat. Ihre Stimmzahl hat sich um fast ein Drittel erhöht.

Vier Möglichkeiten

Theoretisch gibt es vier Möglichkeiten der Senatsbildung: Alleinregierung der SPD mit ihrer einen Stimme Mehrheit, Koalition der SPD mit CDU oder mit FDP oder Dreiparteienkoalition. Nicht mehr möglich ist die bisherige sogenannte bürgerliche Koalition. Aus den ersten Erklärungen der SPD kann man schließen, daß ihr der Gedanke der Alleinregierung wenig Freude macht. Das ist verständlich, denn die eine Stimme Mehrheit ist immer der Gefahr des parlamentarischen Zufalls ausgesetzt.

Wird die SPD — was angesichts der Situation und nach ihren ersten Erklärungen wahrscheinlich ist — den Versuch machen, Koalitionspartner zu gewinnen, so entsteht für den oder die Partner die Frage des künftigen gemeinsamen Regierungsprogramms. Darüber steht bisher gar nichts fest. Diese Frage aber ist entscheidend, und deshalb ist es durchaus verfrüht, heute bereits eine Koalition SPD-CDU als perfekt anzusehen.

Am erfreulichsten wäre es, wenn alle drei Parteien sich in einer Koalition zusammenfänden, SPD, CDU und FDP. Zwar sind die ersten Äußerungen der FDP auf Opposition gestimmt. Das ist angesichts ihrer Wahlleinbuße als erste Reaktion verständlich. Trotzdem sollte der ernste Versuch gemacht werden, sie zu beteiligen. Es wird gern gesagt, daß das Bestehen einer Opposition zur Gesunderhaltung der Demokratie gehöre. Aber da die Situation Berlins, die von höherer Gewalt bestimmt ist, jede Regierungspartei oder -koalition zu Sachlichkeit und Vernunft zwingt, bleibt für sachliche Opposition wenig Spielraum. Demagogische Opposition aber wäre völlig fehl am Platze und wird überdies, wie der 5. Dezember zeigte, vom nüchternen Sinn der Berliner durchschaut. Gerade nach den schlechten Erfahrungen, die die FDP in der Bundesrepublik mit dem Fehlschlag ihrer künstlichen Opposition gemacht hat, sollte sie hier ihre Entscheidung für oder gegen Koalition noch einmal überprüfen.

Die CDU wird als die große Partei des anderen Lagers ihre Aufmerksamkeit vor allem auf zwei Punkte zu richten haben: Erstens darauf, daß das Wahlergebnis in dem Gesamtbild der künftigen Führung Berlins gebührend zum Ausdruck kommt. Nach den üblichen Formen hat die SPD als stärkste Partei den Anspruch auf den Präsidentenposten des Abgeordnetenhauses. Als Partei mit absoluter Mehrheit kann ihr auch das Amt des Regierenden Bürgermeisters nicht einfach bestritten werden. Es gäbe aber ein völlig falsches Bild, wenn nach dieser Wahl in einer Parteienkoalition beide Führungsposten Berlins sozialdemokratisch besetzt würden.

Das zweite ist das Programm des kommenden Senates. Es muß eindeutig klargestellt werden, daß Berlin nicht in den Kampf der sozialdemokratischen Opposition der Bundesrepublik gegen die Bundesregierung einbezogen wird, und daß auch in Zukunft die Angleichung an die Gesetzgebung und an die allgemeine Entwicklung der Bundesrepublik Leitschnur zu sein hat.

Westberlin wählte für die Zone mit Selbst am Wedding keine 5 Prozent für SED — Korrektur der Einheitswahl

Ebenso wie die Westberliner haben die Bewohner der Sowjetzone am Sonntagabend die Wahlmeldungen aus Westberlin an den Sendern der freien Welt verfolgt. Als die auf die SED entfallenden 2,7 Prozent bekanntgegeben wurden, hatten alle das Gefühl tiefer Genugtuung. Nun verstanden auch die letzten, daß es richtig war, die SED hier im freien Berlin mitwählen zu lassen. Ihr wurde hier in freier Wahl-schlacht eine Lektion erteilt, die für ganz Deutschland Geltung hat.

Die SED hat ihren Wahlkampf in Westberlin mit dem größtmöglichen Aufwand an Mitteln geführt. Keine der demokratischen Parteien besaß soviel Wahlgelder, wie den Kommunisten aus Ostberlin zuzuflossen. Täglich kamen bis zu 90 000 (!) „Wahlhelfer“ aus Ostberlin, die die Bevölkerung mit allen Mitteln, bis zur offenen Drohung und Erpressung, zu beeinflussen suchten.

Die kommunistischen Aufklärer, die es ja aus dem Osten nicht anders gewohnt waren, kamen in die Westberliner Häuser, stellten den Fuß zwischen die geöffnete Tür und drangen bei alten Leuten und allein-stehenden Frauen einfach in die Wohnungen ein.

Das alles muß man gesehen haben, wenn man die jetzt — nach der Niederlage — erhobenen SED-Klagen über „Wahlterror“ und Behinderung der SED-Propagandisten liest. Täglich häuften sich in den Redaktionen der Westberliner Zeitungen die Leserbriefe der empörten Bevölkerung, die sich das kommunistische Treiben verboten. Die Regierung Berlins ist trotzdem nicht gegen die SED eingeschritten. Wenn ein Wahlhelfer vorübergehend festgestellt werden mußte, geschah dies, weil er unter der Tarnung angeblicher Wahlhilfe Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes nachging. Die Berliner Polizei hat ihre Geduld mit den SED-Krakelelern begründet: „Jeder Westberliner Bürger hat am 5. Dezember ja die Möglichkeit einer entsprechenden Antwort! Lassen wir es die SED hier ruhig so treiben, wie sie es bei sich gewohnt ist!“ Das Ergebnis zeigt, daß diese Ansicht richtig war.

Für die SED ergeben sich weitgehende Konsequenzen. Sie hat durch Monate hindurch erklärt, die Westberliner Bevölkerung warte nur auf den Tag, an dem sie sich zu der Pankower Staatspartei bekennen dürfe. Noch am Morgen dieses Wahlsonntags rechnete man in der Ostberliner SED-Führung fest mit 15 Prozent. Die „SED-Fraktion im Abgeordnetenhaus“ hatte bereits ihre ersten Dringlichkeitsanträge drucken lassen, die SED-Spitzenkandidaten hatten alles für ihr erstes Auftreten vorbereitet.

Die Bevölkerung Ostberlins und vor allem der Sowjetzone hat neuen Mut und Auftrieb erhalten. Die Schwäche der SED ist selten so klar demonstriert worden. In der SED aber greifen tiefe Niedergeschlagenheit und Pessimismus um sich.

Vor allem: Die SED, die erst vor wenigen Monaten durch eine „Volksbefragung“ den Nachweis erbracht haben wollte, daß fast 300 000 Westberliner „trotz größtem Terror“ für die SED gestimmt haben, steht offen als Lügner da. Wo sind diese „trotz Terror“ gegebenen 300 000 Unterschriften, von denen die SED behauptet, es wären 500 000 geworden, wenn sie mehr Leute hätte einsetzen können? Jetzt hat die SED täglich 60 000 bis 90 000 Kommunisten eingesetzt und alle Agitations-Freiheit gehabt — und gerade 41 225 Kreuze auf die Wahlzettel gekriegt!

Niederlage am „roten Wedding“

Vor 1933 war der „rote Wedding“ bei allen politischen Aktionen ein feststehender Begriff. Bei den letzten Wahlen vor der Hitler-Diktatur hatte die KPD dort über 100 000 Stimmen. Und heute? Ein kleiner Zahlenvergleich:

Wedding	Stimmen
1932	105 487 für die KPD
1946	35 732 für die SED
1954	7 158 für die SED

Es gibt noch andere Zahlenvergleiche. Zwei benachbarte Bezirke Berlins, die in ihrer sozialen Struktur heute gleichzusetzen sind, erzielten im Zeitraum von knapp zwei Monaten folgendes abweichendes Ergebnis:

17. 10. 1954:	Pankow . . . 99,3 % für SED
5. 12. 1954:	Reinickendorf 3,6 % für SED

Deutlicher konnten die Zwangsmethoden der östlichen Einheitswahl nicht enthüllt werden. Schließlich glaubt kein Mensch, daß in der nördlichen Friedrichstraße im Ostberliner Bezirk Mitte 99,6 Prozent freiwillig für die SED stimmten, während diese Partei in der südlichen Friedrichstraße, also im Westberliner Bezirk Kreuzberg, nur 3,1 Prozent erhielt. Daß in Westberlin frei gewählt wurde, konnte jeder beobachten, jeder durfte die Wahllokale betreten. Den westlichen Journalisten dagegen war am 17. Oktober verboten, in ein Wahllokal zu gehen.

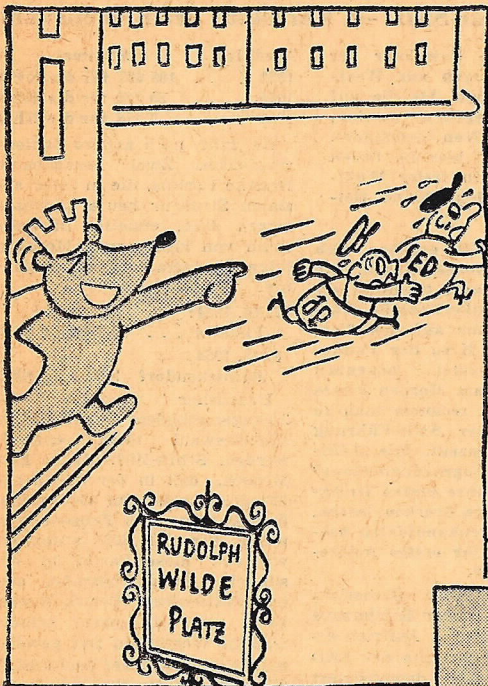
Position Westberlins gefestigt

Die Position Westberlins ist durch diese Wahl in einer für die SED folgenschweren Weise gefestigt worden. Die Pankower Regierungspartei kann künftig nicht mehr „im Namen der Westberliner Bevölkerung“ sprechen, wie sie es bislang so gern tat. Dazu kommt, daß die SED bereits jetzt beginnt, den Westberliner SED-Leitungen Dummheit, Unfähigkeit und Sabotage vorzuwerfen.

Nach außen hin erklärt sie nun, sie wolle jetzt erst recht in den „Kampf um Berlin“ einsteigen. Wie sie das machen will, und mit welchen Kräften, ist ihr selbst nicht klar.

Entscheidend ist, daß der Zone noch einmal bewiesen wurde: Westberlin ist für die SED unangreifbar. Die Zone ist nicht zu isolieren, solange es ein Westberlin gibt.

2,7 Prozent...



„Aber Tempo, Tempo, bitte!“

US-Nahrungsmittel in Wismar

Berlin (DAP). Das erste Schiff mit amerikanischen Nahrungsmitteln für die Hochwasser-Geschädigten der Sowjetzone ist in Wismar angekommen. Es ist die erste Sendung der Lebensmittelhilfe, die der US-Präsident Eisenhower für die Einwohner Mittel- und Osteuropas angeboten hatte, die im letzten Sommer von einer schweren Hochwasserkatastrophe heimgesucht worden waren.

Selbst an die Reihe gekommen

Berlin (AP). Zu 25 Jahren Zwangsarbeit ist der frühere Leiter der Vernehmungsabteilung des Ostberliner SSD, Joachim Kohrt (SED), in einer Geheimverhandlung verurteilt worden, teilte der Untersuchungsausschuß freier Juristen mit.

Wieder Jagd auf Geschenke

Stockholm (AP). Geschenkpakete, die für das Weihnachtsfest von Schweden nach der Sowjetzone gesandt werden, verfallen dort in zunehmendem Maße der Beschlagnahme. Dies verlautet von gut unterrichteter Seite in Stockholm.

Das „schnelle“ ADN

Eine besondere Glanzleistung „schneller“ Nachrichtenübermittlung hat sich der sowjetzonalen Nachrichtendienst ADN bei der Westberliner Wahl geleistet. Während die Nachrichtenagenturen aus aller Welt sich bemühten, die neuesten Zählergebnisse Minuten oder oft nur Sekunden früher zu bringen als die Konkurrenz, hockten in einem Zimmer des Schöneberger Rathauses trübselig und verlassen zwei ADN-Reporter — und ließen sich Zeit. Telefonieren konnten sie nicht — dank des von ihren eigenen Behörden gespaltenen Berliner Telefonnetzes. Mit dem Fernschreiber klappte es auch nicht. So waren sie auf „Kurierdienst“ angewiesen. Der bestand — aus einem einzigen Auto!

Das sei genug, die Nachrichten kämen früh genug an, meinten die ADN-Leute. Allerdings sagten sie das, als schon endgültig klar war, welche Niederlage die SED erlitten hatte. Wahrscheinlich dachten sie, um von der Zensur erst einmal mühsam studiert und wenigstens ein bißchen aufgepoliert zu werden, kämen die traurigen 2,7 Prozent SED-Stimmen immer noch zu rechten Zeit nach Ostberlin.



„Genossen, wer traut sich, in Pankow unser Wahlergebnis zu melden?“

Erleichterungen für Zonen-Besucher

Bonn (DPA). Der Deutsche Städtetag hat allen westdeutschen Städten empfohlen, Besuchern aus der Sowjetzone Freikarten für städtische Verkehrsmittel und Freikarten für den Besuch von Theatern, Museen und Schwimm- oder Wannenbädern zu gewähren.

KPD-Prozess verurteilt

Karlsruhe (DPA). Der Prozess gegen die KPD vor dem Bundesverwaltungsgericht in Karlsruhe ist auf Antrag des Vertreters der Bundesregierung bis zum 7. Dezember verurteilt worden. Als Begründung wurde angegeben, daß der Spezialist der Bundesregierung für den Fragenkomplex im „Potsdamer Abkommen“, Völkerrechtler Dr. Kaufmann, gegenwärtig an dringenden Verhandlungen in Bonn teilnehmen müsse.

Senatspräsident Dr. Wintrich hatte zu Beginn der Beweisaufnahme die Fragen des Potsdamer Abkommens und seiner Beziehungen zu den Bestimmungen des Grundgesetzes über die politischen Parteien zur Diskussion gestellt.

Über 100 Mill. für Bauten

Berlin (Eigenbericht). Die Baumaßnahmen in Westberlin für das Rechnungsjahr 1955/56 werden sich auf 115,8 Millionen DM belaufen. Damit erhöht sich die Summe um 10 Millionen DM gegenüber dem Etatsposten für das Rechnungsjahr 1954/55. Auf Hochbauvorhaben entfallen 79,75 Millionen DM, auf den Tiefbau 34,89 Millionen DM.

Eindrucksvolle Zahlen

Vier Jahre Berliner Entwicklung

Berlin (Eigenbericht). 1950 zählte Berlin noch 290 000 Arbeitslose, d. h. von hundert selbständigen Erwerbspersonen waren noch 28,5 arbeitslos, während im Bundesgebiet damals 10,3 Prozent ohne Arbeit waren. Die Zahl der Arbeitslosen ist inzwischen auf 160 000 zurückgegangen. Innerhalb von vier Jahren konnten also 130 000 Menschen von der Wirtschaft aufgenommen werden. Das Bundes-

Der Wiedervereinigung dienen

Jakob Kaiser betont Bedeutung der Pariser Verträge

Berlin (Eigenmeldung). Bundesminister Kaiser hat auf einer Kundgebung in Berlin erneut darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung noch dringlicher als vorher bei den großen Mächten auf Verhandlungen über die deutsche Frage hinwirken werde. Angesichts der zunehmenden Einigkeit und Stärke der freien Welt könne mit Zuversicht darauf gedrängt werden, daß dieses Problem mit konstruktiven Vorschlägen erneut auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt wird.

Der Minister betonte in diesem Zusammenhang, die Pariser Verträge können und sollen ihrem Geist nach nicht nur der Sicherheit der freien Welt, sondern auch dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung dienbar gemacht werden.

Annahme wahrscheinlich

Bonn (Eigenmeldg.). Die parlamentarische Behandlung der Pariser Verträge einschließlich

des Saar-Abkommens hat mit Beratungen des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates begonnen.

In Kreisen des Bundesrates rechnet man mit einer Mehrheit für die Verträge und wahrscheinlich auch für das Saar-Abkommen.

Nur der Name ändert sich

Berlin (Eigenmeldung). Zu der Ankündigung Grotewohls, die Sowjetzone würde im Falle einer Ratifizierung der Pariser Verträge eigene Streitkräfte aufstellen, hat der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Theidick, über den Rundfunk Stellung genommen. Er stellte fest, daß die 91 000 bewaffneten Volkspolizisten in der Zone eine Realität seien. Ändern würde sich praktisch nur die Bezeichnung für diese bestehenden Verbände.

Ohne Einheit keine Sicherheit

Chicago (AP). Der US-Oberkommissar, Botschafter Dr. Conant, hat auf der Generalversammlung der amerikanischen Staatengouverneure versichert, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eines der Hauptziele der amerikanischen Politik bleibe.

Solange das Problem der Einheit Deutschlands in Übereinstimmung mit den Grundregeln des menschlichen Wesens und

des internationalen Verhaltens nicht gelöst sei, sei der Weg zu Frieden und Sicherheit nicht zu Ende gegangen, sagte der Oberkommissar. In ihrer festen Haltung zu dieser Frage folgten die USA nicht nur den menschlichen Impulsen, sondern auch der nüchternen politischen Überlegung.

Kulturgruppen unerwünscht

Düsseldorf (AP). Die Polizeibehörden von Nordrhein-Westfalen sind angewiesen worden, alle Veranstaltungen sowjetzonenaler „Kulturgruppen“ zu verbieten.

Gemeinsames Programm

Bonn (VWD). Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und des US-Amtes für Auslandshilfe (FOA) haben in Bonn beschlossen, für 1955 ein gemeinsames Programm zur Unterstützung von Westberlin aufzustellen. Dadurch soll die Fortführung des bisherigen langfristigen Programms gesichert werden.

Kommunistische Köpenickade

Geflüchteter KP-Funktionär foppte den FDGB

Ein tolles Schwindlerstück hat sich der ehemalige KPD-Parteikassierer Erwin Hantzsch aus Düsseldorf geleistet. Hantzsch hatte sich im Sommer dieses Jahres in Osterlin als „westdeutscher Arbeitsloser“ gemeldet und um Arbeit in der Sowjetzone nachgesucht. Dabei gab er an, Verbindung mit zahlreichen anderen Ingenieuren und Maschinenbau-Spezialisten aus der Bundesrepublik zu besitzen, die angeblich Verbindung mit sowjetzonalen Organisationen aufzunehmen wünschten. Über seine Mitgliedschaft in der KPD sagte Hantzsch wohlweislich kein Wort. Suchten ihn doch die Düsseldorfser gleichzeitig wegen der Unterschlagung von fast 8000 DM Mitgliedsbeiträgen.

Da der Fall in Düsseldorf von der KP vertuscht worden war, ergab die Nachfrage aus Osterlin keinen Anhaltspunkt. Niemand dachte dort daran, daß Hantzsch die Frechheit besitzen würde, sich ausgerechnet in die Sowjetzone abzusetzen. So wurde der Geflüchtete bei einer Außenstelle des FDGB in Osterlin, die sich mit der Anwerbung westdeutscher Spezialarbeiter beschäftigt, als Sachbearbeiter mit 530 Ostmark Monatsgehalt eingestellt, und begann, mit seinen angeblichen Bekannten zu korrespondieren. Dem FDGB-Büro fiel dabei nicht auf, daß Hantzsch die auf eine Westberliner Adresse eingehenden Briefe stets ohne Umschläge abzuliefern pflegte. Bis zum letzten Oktober hatte der neue Sachbearbeiter mehr als ein Dutzend Facharbeiter und Ingenieure „angeworben“, die sich sofort das Reisegeld und Spesen schicken ließen. Zugleich wurden von Hantzsch das Handgeld, Unkosten und die ihm zustehende Prämie von 300 bis 800 Ostmark kassiert.

Als der Termin für die Übersiedlung jener Spezialisten al-

lerdings immer wieder hinausgeschoben werden mußte, wurde man in der Westabteilung des FDGB-Bundesvorstandes mißtrauisch und lud den tüchtigen Werber vor eine Untersuchungskommission. Daraufhin schickte Hantzsch kurzerhand Dienstschreiben an ihm

Stand der Marine-Rüstungen

USA besitzen größte Flotte — Sowjetunion baut U-Boote

London (Iid). Die neueste Auflage (1954/55) von „Janes' Fighting Ships“, des weltbekanntesten englischen Flottenkalenders, gibt wichtige Aufschlüsse über die Seestreitkräfte aller Länder. Von besonderem Interesse sind natürlich die letzten Nachrichten über die Rüstung der großen Mächte.

Die Sowjetunion hat weder Schlachtschiffe noch Flugzeugträger, dafür aber 26 Kreuzer (darunter ein Dutzend 12 800-Tonnen-Kreuzer, deren Bau in Kürze beendet ist), 138 Zerstörer und fast 400 Unterseeboote.

bekannte KPD-Genossen, in denen diese nach Berlin beantwortet wurden. Die angeforderten Antworttelegramme mit den Ankunftsdaten legte er den Kommissionsmitgliedern vor. Sie trugen die Namen der angeblich Geworbenen. Hantzsch hatte dies „aus Geheimhaltungsgründen“ von seinen KP-Genossen verlangt!

Zwei Tage später platzte der Schwindel und Hantzsch wurde von der Vopo verhaftet, als er sich gerade nach Westberlin absetzen wollte. Eine sofortige Nachprüfung auf seiner FDGB-Arbeitsstelle ergab, daß Hantzsch auch dort Unterschlagungen begangen hat. Die Namen seiner angeblichen „Freunde“, auf deren Übersiedlung der FDGB noch heute wartet, hatte er einem Düsseldorfser Telefonbuch entnommen ...

Sie hat es ganz offensichtlich auf die Störung der gegnerischen Seeverbindungen angelegt. Unter den U-Booten befindet sich nämlich auch eine erhebliche Anzahl solcher mit großem Aktionsradius.

Die unbestritten größte Seemacht sind die Vereinigten Staaten. Ihre Flotte ist so stark wie alle größeren Flotten der Welt zusammengenommen. Die Amerikaner verfügen zur Zeit über 15 Schlachtschiffe, 101 Flugzeugträger, 75 Kreuzer, 737 Zerstörer und 200 Unterseeboote. Dazu kommen noch 347 Minenleger und Minenräumboote sowie über 3500 sonstige Überwasserfahrzeuge, alles zusammen eine achtungsgebietende Flotte von über 5000 Schiffen. Im laufenden Baujahr sehen weitere rund 1100 Kriegsfahrzeuge ihrer Vollenendung entgegen, darunter 33 große Einheiten. An neuen Schiffen werden mehrere Super-Zerstörer, ein bisher unbekannter Typ, sowie zwei mit Atomkraft angetriebene U-Boote gebaut. Auch ein völlig neuartiger Schlachtschiffstyp ist entstanden. Dieses Schlachtschiff kann ferngelenkte Geschosse abfeuern, ist aber selbst so schwer gepanzert, daß die ferngelenkten Waffen des Gegners ihm nicht beikommen können.

London rechnet mit Vierertreffen

London (DPA). Diplomatische Kreise in London rechnen mit einer Viermächtekonferenz, die im Laufe des nächsten Jahres stattfinden wird. Den von dem französischen Ministerpräsidenten Mendès-France in seiner Rede vor der UN genannten Mai-Termin lehnt die britische Regierung nicht ab. Aber sie macht ihn wie jeden anderen Termin von der Entwicklung der Vorarbeiten für eine Konferenz abhängig.

Die in Moskau überreichte Note der Westmächte wird als eine Einladung an die Sowjetunion zur Aufnahme der Konferenzvorbereitungen über diplomatische Kanäle gewertet. Sie würde mit der Klärung des sowjetischen Standpunktes in der Frage freier Wahlen in Deutschland beginnen, ein intensives Stadium aber erst nach der Ratifizierung der Pariser Verträge erreichen.

Der exklusive „Aero-Club“

Getarnte Luftwaffe der Sowjetzone — 10000 Mann

Wer in der Sowjetzone versuchen sollte, die Arbeit und die Veranstaltungen eines Vereins mit dem Namen „Aero-Club“ kennenzulernen, wird diesen Versuch wahrscheinlich teuer bezahlen müssen. Dieser Klub tagt nämlich permanent in Kasernen, die Klub-Vorsitzenden tragen Generalsuniform und die Mitglieder stehen gewöhnlich stramm. Statt klubeigener Segelflugzeuge erheben sich moderne sowjetische Jagdmaschinen in die märkischen Lüfte und der Modellbau konzentriert sich auf den Unterricht an MIG-15-Modellen. „Aero-Club“ — der Tarnname für die Verbände der Sowjetzonenluftwaffe.

In Kottbus sitzt der Stab und die erste Fliegerdivision des — im wahrsten Sinne des Wortes — exklusiven Klubs. Die anderen beiden Divisionen sind in Drewitz und Bautzen stationiert. Gesamtstärke aller Verbände: nahezu 10 000 Offiziere und Mannschaften. Jeder Division stehen rund 110 sowjetische Jagdmaschinen der Typen YAK-18 und YAK-II zur Verfügung.

Außer den Plätzen Kottbus, Drewitz und Bautzen werden weitere Anlagen in Kamenz, Neuhaus und Wreschen benutzt. Während Kottbus Mittelpunkt der Flugtätigkeit ist, konzentriert sich das Schul- und Ausbildungswesen in Kamenz, wo es neben einer Fliegertechnischen Schule noch zwei Offiziersschulen gibt.

Vor wenigen Wochen herrschte in den Standorten aufgeregtes Treiben: Abschlußprüfungen anlässlich der Beendigung des Ausbildungsjahres 1954. Alles zitterte vor dem ehemaligen Grenadier der deutschen Wehrmacht, Heinz Kessler, der zum Generalmajor und Oberbefehlshaber der Luftwaffenverbände avancierte.

Mit 34 Jahren ist er wohl der jüngste General vor und hinter dem Eisernen Vorhang. Kessler wird vielleicht, als er die Front der 1. Fliegerdivision abschritt, auf die Stationen seines Weges zurückgeblickt haben; 1941 über-

läufer zu den Sowjets, Mitglied des „Nationalkomitees Freies Deutschland“, 1945 Mitbegründer der FDJ, 1948 Kommandeur der FDJ-Horden, die das Berliner Stadthaus in der Parochialstraße stürmten. Hinter ihm mögen zwar sein Stabschef, Oberst Heinz Zorn, und

sein Stellvertreter für Fliegerausbildung, Oberst Lehweß-Litzmann, über die militärische Ahnungslosigkeit ihres Chefs innerlich lächeln, aber sie werden dennoch stramm stehen. Zorn als Major und Lehweß-Litzmann als Oberstleutnant der ehemaligen deutschen Luftwaffe bringen schon mehr Sachkenntnis mit.

Ihnen und den anderen früheren Luftwaffenoffizieren ist es auch im wesentlichen zuzuschreiben, daß Generalmajor Kessler am Schluß der Inspektion dem sowjetischen Chefberater, Polkownik (Oberst) Jegorow, melden konnte, daß das Ausbildungsziel für 1954 erreicht sei: Die vollständige Beherrschung der YAK-18- und YAK-11-Maschinen.

Schreibmaschinen verboten!

Ein Blick in das neue rumänische Strafgesetzbuch

Wien, im November (Eigenbericht). Mit Gefängnis von drei Monaten bis zu drei Jahren wird bestraft, wer in Rumänien eine Schreibmaschine oder einen Vervielfältigungsapparat besitzt, ohne sie bei der Polizei angemeldet zu haben. So bestimmt ein neuer Paragraph im rumänischen Strafgesetzbuch.

Offenbar hat das verstärkte Auftauchen von illegalen Flugblättern in Rumänien, die in Ermangelung einer Druckerei manchmal auf recht primitive Weise hergestellt wurden, jetzt dazu geführt, selbst Schreibmaschinen zu staatsgefährlichen Instrumenten zu erklären. Der neu eingeführte Paragraph 263 Abschnitt 28 des rumänischen Strafgesetzbuches lautet wörtlich:

„Herstellung, Reparatur, Besitz, Überlassung oder Erwerb

von Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Vervielfältigungsapparaten sowie Teilen solcher Apparate und Materials zur Vervielfältigung mittels solcher Maschinen ohne im Besitz eines polizeilichen Erlaubnissscheines zu sein, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu drei Jahren oder Geldstrafe von 100 bis 2000 Lei bestraft . . .“

Mit diesem neuesten Gefängnisdekret gegen Schreibmaschinen, das in flagrantem Gegensatz zu den in allen volksdemokratischen Verfassungen enthaltenen Versprechungen über Presse- und Gedankenfreiheit steht, ahmt Rumänien nur die sowjetische Gesetzgebung nach. Bereits 1932, zur Zeit der trotzkistischen Opposition, verbot nämlich der Rat der Volkskommissare durch Verordnung den privaten Besitz von Schreibmaschinen in ganz Rußland. Ferner wurde verfügt, jede einzelne Schreibmaschine, die etwa ein Schriftsteller zur Ausübung seines Berufes benötigt, müsse bei der Polizeimiliz registriert werden. Nach einer weiteren Verordnung im Jahre 1935 mußten selbst die Vervielfältigungsapparate und Schreibmaschinen der öffentlichen Organisationen und Staatsorgane beim Amt für die Staatszensur registriert werden.

Eisenbahnglück bei Hindenburg

Wien (AP). Wie in Wien eingetroffene polnische Zeitungen berichten, wurden bei einem Eisenbahnglück in der Nähe von Hindenburg (jetzt Zabrze) drei Eisenbahner getötet und zahlreiche weitere Eisenbahner und Passagiere des Personen-

zuges Breslau—Krakau schwer beziehungsweise leicht verletzt. Die polnischen Zeitungen berichten ferner, daß durch die polnische Staatsanwaltschaft strenge Untersuchungen eingeleitet wurden, „da der Verdacht besteht, daß ein Sabotageakt vorliegt“.

Kunststoffe „nach Maß“

Die Chemie kam hinter ein bedeutendes Geheimnis

Wenn nicht alles täuscht, wird man in Westdeutschland in wenigen Jahren Kleider und Wäsche von heute noch unbekanntem Qualitäten tragen, in Ruder- und Segelbooten aus Kunststoff Wassersport treiben, in Autos fahren, deren Kunststoff-Karosserie bei gleicher Festigkeit nur noch ein Viertel der heutigen Stahlblech-Karosserie wiegt und eine entsprechende Kraftstoff-Ersparnis mit sich bringt.

Die Maschinen werden durch Kunststoff-Teile fast geräuschlos laufen. Man wird Treibriemen, Förderbänder, Kabelmassen, Fußbodenbeläge, Well-

Wasseraufnahme, so daß Unterwäsche daraus nicht mehr kühl auf der Haut wirkt und das Färben der Ware wesentlich erleichtert wird; gummiartige Materialien, die so elastisch wie Kautschuk, aber völlig unquellbar und unlöslich in Ölen, Benzin, ja sogar Benzol und dergleichen sind. Die Chemie ist, um es mit einem Satz zu sagen, hinter das Geheimnis gekommen, wie man Eigenschaften,

die bisher als unvereinbar galten, in ein und demselben Material miteinander vereinigen kann. Das planvolle Aufbauen von Molekülen, die Herstellung von Gebrauchsstoffen „nach Maß“, ist in ein neues Stadium getreten, das unabsehbare Ausrichtungen eröffnet.

Dazu ist die Kunststoff-Produktion Westdeutschlands in ständigem, starkem Aufschwung begriffen. Betrug sie im Jahre 1951 rund 170 000 Tonnen, so war sie 1952 schon auf 190 000 Tonnen angewachsen, im verfloßenen Jahr erreichte sie 240 000 Tonnen, und im laufenden Jahr wird sie voraussichtlich annähernd 280 000 Tonnen erreichen. Damit steht Westdeutschland heute in der Kunststoffherzeugung unter den Ländern der Erde hinter Amerika an zweiter Stelle.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

glas für Dächer und vieles andere mehr ausschließlich aus Kunststoff fertigen, Waren aller Art in Kunststoff-Folien so verpacken, daß sie den praktischen Anforderungen in viel höherem Maße genügen, in heute kaum vorstellbarem Maße Schaumstoffe als technische Konstruktionselemente benutzen und dadurch leichter und billiger fertigen können.

Daß alle diese Entwicklungen bereits im Anlaufen sind oder wenigstens unmittelbar bevorstehen, war vielleicht der stärkste Eindruck, den die kürzlich in Stuttgart veranstaltete große Kunststoff-Tagung hinterließ. Ganz neue Kunststoffe werden heute schon fünfzig- und hundertkiloweise für Versuchszwecke erzeugt: Chemiefasern von der gleichen Festigkeit, Elastizität, dem hohen Abriebwiderstand, wie wir ihn von Nylon, Perlon, Pan-Faser usw. kennen, aber mit einer genau auf einen bestimmten Wert stabilisierten

Bürgermeister erspielt 99000 DM

Alles für den Wiederaufbau Freiburgs

Der Oberbürgermeister von Freiburg (Breisgau), Dr. Wolfgang Hoffmann, hat seit seinem ersten öffentlichen Auftreten als Pianist im Jahre 1949 in sieben Konzerten rund 99 000 DM für den Wiederaufbau seiner Stadt erspielt.

Das letzte Konzert am vergangenen Montag erbrachte 23 500 DM. Die Eintrittskarten wurden nur gegen Geldspenden von mindestens 10 DM abgegeben. Die Kritik stellte Dr. Hoffmann ein sehr gutes Zeugnis aus.

Union entworfene Projekt des größten Staudammes der Welt drei Wochen lang geprüft und genehmigt. Mit den notwendigen Straßenbau- und Bahnverlegungsarbeiten wird bereits im Januar begonnen.

100 000 Flüchtlinge

Berlin (DPA). Der 100 000. Flüchtling aus der Sowjetzone in diesem Jahr hat sich in Westberlin gemeldet.

Deutsche Firmen bauen größten Staudamm

Nach zweijährigen Vorbereitungen wurde in Kairo entschieden, daß im August 1955 mit dem Bau des Saadelaldammes begonnen wird. Amerikanische, französische und deutsche Experten haben das von Hochtief Essen und Dortmunder

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Buxenstein, GmbH.